Nr.20 | September 2015

GRÜNE
GRÜNES BÜNDNIS BERN

grün.

GRÜNE
GRUENEBERN.CH

ÖKOLOGISCH. SOZIAL. OFFEN.
MIT GRÜN GEHT DAS

STAND
Natalie Imboden
● Prämienverbilligungen korrigieren unsoziale Kopfprämien

MITTEL
Franziska Grossenbacher
● Keine Siedlung, sondern ein urbanes Quartier

STAND
Regula Rytz
● Grüne Wirtschaft in Gefahr

Am 18. Oktober 2015 Grüne wählen: Am meisten unterstützen Sie eine ökologische, soziale und offene Politik, wenn Sie die Liste der Grünen unverändert einlegen.

Prämienverbilligungen korrigieren unsoziale Kopfprämien

Die Prämien für die Krankenkassen steigen weiter. Der Kanton hat die Vergünstigungen massiv gesenkt. Das ist sozialpolitischer Sprengstoff. Das Gegenmittel ist ein Duo von Referendum und Initiative «Bewährte Prämienverbilligungen». Über das Referendum wird voraussichtlich im Februar 2016 abgestimmt.

Natalie Imboden beim Einsatz gegen den Abbau bei den Prämienverbilligungen.

Die Prämien der obligatorischen Krankenpflegeversicherung steigen Jahr für Jahr. Je nach Kasse und Kanton werden die Prämien 2016 zwischen 0 und weit über 20 Prozent ansteigen. Im Durchschnitt beträgt die Erhöhung rund 4 Prozent. Diese Kosten steigen deutlich stärker als die Löhne und Preise, obwohl der Bundesrat bei der Revision des Krankenversicherungsgesetzes eine Stabilisierung der Prämienlast bei 8 Prozent des steuerbaren Einkommens angestrebt hat. Für viele Haushalte werden die Prämien zu einer immer schwereren Last und mitunter zu einem finanziellen Problem.

Ein vom Bundesamt für Gesundheit 2012 veröffentlichtes Monitoring zur Wirksamkeit der Prämienverbilligung zeigt, dass im Kanton Bern die Prämien trotz Verbilligung fast 14 Prozent des verfügbaren Einkommens verzehren. Der Kanton Bern nimmt damit den unrühmlichen letzten Platz ein, was die Belastung durch die Krankenkasse angeht. Solange die Schweiz an den unsozialen Kopfprämien festhält, braucht es deshalb wirksame Prämienverbilligungen, um die drückende Prämienlast zu lindern. Denn Krankenkassenprämien sind neben Miete und Steuern einer der grossen fixen Ausgabeposten im Haushaltsbudget, vergleichbar mit den Ausgaben fürs Essen. Bei tiefem Einkommen können die Prämien gar mehr ausmachen als die Ausgaben für Lebensmittel.

Dank dem Referendum sowie der Initiative «Bewährte Prämienverbilligungen» werden sowohl die Anzahl BezügerInnen wie auch die Höhe der Beiträge auf dem Niveau vor den kantonalen Sparmassnahmen vom November 2013 abgesichert. Bitte Initiativbogen* ausfüllen und sofort zurückschicken!

*Unterschriftenbogen: www.praemienverbilligungen.be

Natalie Imboden, Grossrätin Grüne, Nationalratskandidatin

*Aktions*box
Zersiedelung stoppen!

Jeden Tag wird eine Grünfläche von mehr als 8 Fussballfeldern verbaut. Dabei gehen wertvolle Landschaften verloren. Das Problem der Zersiedelung ist viel weitreichender als nur die «Verdörfelung» der Schweiz, wie sie Max Frisch schon fast liebevoll bezeichnete. Denn unter der Zersiedelung leiden die Artenvielfalt, die Landwirtschaft und durch den Mehrverkehr auch die Menschen. Das beste Mittel gegen die Zersiedelung bietet der Schutz des unverbauten Landes. Das fordert die Zersiedelungsinitiative der jungen grünen. Jetzt unterschreiben! Mehr Infos unter: www.zersiedelung-stoppen.ch

«Argumentative Kapitulation und mittlere Abbauschritte zur Verhinderung weiterer Kürzungsforderungen: So war bis anhin die Strategie gegenüber dem Dauerbeschuss der Sozialhilfe. Heute erkennt man, dass diese Strategie gescheitert ist und sie die Abbauspirale sogar am Laufen hält. Höchste Zeit also, einen offensiveren Weg für eine solidarische Sozialhilfe zu entwickeln.»
Blaise Kropf, Grossrat Grüne

Rückfall in die Zeit der «Armenjagden» verhindern

Wie geht eine solidarische Politik mit den Angriffen auf die Sozialhilfe um? An einer gut besuchten GB-Veranstaltung debattierten linksgrüne SozialpolitikerInnen über neue Perspektiven für eine solidarische Sozialhilfe als Antwort auf die anhaltenden Angriffe von rechts.

Im Sommer hat die Vernehmlassung zur Revision des kantonalen Sozialhilfegesetzes stattgefunden. Parallel dazu hat die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) die Stossrichtung einer Überarbeitung ihrer Richtlinien vorgestellt. Bei beiden Vorhaben geht es – zum wiederholten Mal – um eine Verschärfung der Sozialhilfepraxis.

Die Revisionsvorhaben sind die Folge einer medialen Hetzkampagne, die vor einem Jahr ihren Höhepunkt erreichte: Während mehreren Wochen bombardierten Boulevard-Medien die Öffentlichkeit tagtäglich mit Schlagzeilen à la «Sozialirrsinn», «Hilfe, die Helfer sind überall» oder «Das Sozialamt zahlt sogar die Krippe». Vorausgegangen war der Kampagne die Überweisung der Motion Studer im Berner Grossen Rat, die eine zehnprozentige Senkung der Sozialhilfe forderte und die SVP dazu animierte, vergleichbare Vorstösse in vielen anderen Kantonen einzureichen.

Drohende Zweiklassen-Sozialhilfe: Der politisch-mediale Dauerbeschuss und die eingeleitete Gesetzes- und Richtlinienrevision sind brandgefährlich. Sie drohen, aus dem verfassungsmässigen Anspruch auf ein letztes soziales Netz, eine hochproblematische Zweiklassen-Sozialhilfe zu machen. Das soziale Existenzminimum, das neben der wirtschaftlichen Existenzsicherung auch ein Minimum an gesellschaftlicher Teilhabe bezweckt, droht damit mehr und mehr untergraben zu werden.

Blaise Kropf, Grossrat Grüne, Nationalratskandidat

«Der Einsatz privater Sicherheitsfirmen im öffentlichen Raum ist ein Eingriff in die Kompetenz der Polizei und rechtsstaatlich problematisch. Das Gewaltmonopol gehört der Polizei, die unter demokratischer Kontrolle ist. Dieses Prinzip gilt es zu bewahren. Mit einer Motion haben wir den Regierungsrat aufgefordert, die Privatisierung von Polizeiaufgaben zu unterbinden.»
Hasim Sancar, Grossrat Grüne

Schluss mit der Privatisierung von Polizeiaufgaben

Polizeiarbeit unterliegt dem Gewaltmonopol des Staates, ihre Privatisierung läuft diesem rechtsstaatlich verankerten Prinzip entgegen und muss gestoppt werden.

Mit Besorgnis stellen wir fest, dass der Einsatz privater Sicherheitsdienste im öffentlichen Raum zunimmt. Diese Tätigkeiten sind zum lukrativen Geschäft geworden. Gewisse Aufgaben lagern die Sicherheitsfirmen an Sub-Unternehmen aus, deren Angestellte zum Teil sogar vorbestraft sind. Im Kanton Bern ist der Tätigkeitsrahmen (für den Betrieb oder die Anforderungen an die Angestellten) für private Sicherheitsdienste gesetzlich nicht festgelegt; auch die Ausbildung der Angestellten ist nicht geregelt, was sich auch auf deren Einsatz im Privatbereich negativ auswirkt. Zudem weist der Einsatz im öffentlichen Raum Lücken im Datenschutzbereich auf, z. B. im Bereich der Kontrollen des ruhenden Verkehrs.

Das Gewaltmonopol liegt allein beim Staat. Die Ausübung des Gewaltmonopols ist ein konstitutives Element des Rechtsstaates und darf nur durch die Polizei erfolgen. Sie ist unter demokratischer Kontrolle. Es geht um die Sicherheit der Bevölkerung und deren Vertrauen in den Staat. Die polizeilichen Aufgaben müssen gesetzlich definiert und die Angestellten der Polizei für die Ausübung der entsprechenden Tätigkeiten umfassend ausgebildet sein.

Es gibt keinen Grund, das staatliche Gewaltmonopol zu privatisieren, auch nicht das Sparen! Der Einsatz privater Sicherheitsdienste ist im öffentlichen wie im privaten Bereich problematisch. Ausnahmen wie die Kontrolle des ruhenden Verkehrs müssen begründet werden. Der Schutz von Personendaten, die von privaten Sicherheitsdiensten im öffentlichen Raum gesammelt werden, muss gewährleistet sein.

Hasim Sancar, Grossrat Grüne, Nationalratskandidat

Keine Siedlung, sondern ein urbanes Quartier

Facts-Box

Planungsprozess Hunziker Areal

- 2007 Gründung der Metagenossenschaft «mehr als wohnen» (60 Wohnbaugenossenschaften).
- Übernahme des Landes im Baurecht von der Stadt Zürich.
- Einstufiger Architekturwettbewerb: 25 eingeladene Architekturbüros erhielten die Aufgabe einen städtebaulichen Entwurf sowie ein Detailkonzept für einen Wohnblock zu machen.
- Der städtebauliche Entwurf des Siegerprojekts bildete die Grundlage für das Plansystem der Arealentwicklung, welches im Dialog mit Architekten, Ökonomen, Soziologen, Künstlern, Nachhaltigkeitsspezialisten etc. erarbeitet wurde.
- Das Konzept: kein abstrakter Gestaltungsplan, sondern gemeinsam erarbeitete städtebauliche Regeln und zeitnahe bauliche Realisierung.

Die Forderungen des GB für die Planung Viererfeld und Mittelfeld

- Orientierung an den Zielen der 2000-Watt-Gesellschaft.
- Ressourcenschonendes Bauen (Wohnungsgrössen, Ausbaustandards).
- Autoarme Planung (max. 0.3 Parkplatz pro Wohnung).
- Hoher Anteil an gemeinnützigen Wohnbauträgern (mind. 50%).
- Quartierbezogene Nutzungen in den Erdgeschossen (öffentlich, gewerblich).
- Viele verschiedene Wohnangebote.

Viererfeld, Gaswerkareal, Weyermannshaus – in Bern stehen in den nächsten Jahren spannende Stadtentwicklungsprojekte an. Ende Mai reiste das Grüne Bündnis zur Inspiration nach Zürich. Die Limmatstadt ist Bern bei der Förderung von gemeinnützigen Wohnbauträgern weit voraus.

Unterschiedliche Ausgangslagen

Aufgrund der rasanten Entwicklung in den letzten 15 Jahren hat Zürich im Gegensatz zu Bern kaum mehr grüne Wiesen und Industriebrachen zum Überbauen und Entwickeln. Die einzige Möglichkeit, mehr Wohnraum zu schaffen, liegt im Verdichten von bestehenden Wohngebieten – eine anspruchsvolle Aufgabe, welche die Stadt Zürich unter anderem über die Förderung des genossenschaftlichen bzw. gemeinnützigen Wohnungsbaus zu erreichen gedenkt.

Lebendiges Stadtquartier statt banale Wohnsiedlung

Ein Vorzeigebeispiel für gemeinnützigen Wohnungsbau ist das Hunziker Areal in Zürich Leutschenbach. Im genossenschaftlichen Quartier leben und arbeiten seit Herbst 2014 rund 1400 Menschen verschiedener Generationen. Bauträgerin ist die Meta-Genossenschaft «mehr als wohnen», ein Zusammenschluss von rund 60 Zürcher Wohnbaugenossenschaften. Vor 10 Jahren bot die Stadt Zürich das Hunziker Areal den Wohnbaugenossenschaften zur Abgabe im Baurecht an, doch keine interessierte sich dafür. Das Areal war den einzelnen Genossenschaften zu gross, die Umgebung nicht ‹hip› und zusätzlich dem Fluglärm ausgesetzt. Das letzte grosse Entwicklungsgebiet im Norden von Zürich stand im Schatten der regen Bautätigkeit in Zürich West und Neu Oerlikon. In Schwung gekommen ist die Entwicklung des Hunziker Areals dank dem 100-jährigen Jubiläum der Baugenossenschaften von Zürich. Im Jubiläumsjahr 2007 kam die Idee auf, nach 100 Jahren wieder einmal ein grosses, pionierhaftes Projekt zu realisieren. So kam es zur Gründung der Wohnbaugenossenschaft «mehr als wohnen» und das Wohnbauprojekt auf dem Hunziker Areal nahm seinen Anfang.

Clusterwohnungen, Gästehaus und Treppenhäuser als Begegnungsorte

«Wir bauen keine Siedlung, sondern ein urbanes Quartier.» Dieses Motto lag der Entwicklung des Hunziker Areals zu Grunde. Entstanden ist ein urbaner Stadtteil mit hohen Gebäuden, engen Gassen und belebten Plätzen. Und die Überbauung diente als Innovationslabor für gemeinnützigen Wohnungsbau. Einerseits wurden viele neue bauliche Techniken ausprobiert. Andererseits hatte die Genossenschaft im Planungsprozess einen hohen Öffentlichkeitsanspruch und setzte sich intensiv mit der gesellschaftlichen Dimension von Stadtentwicklung auseinander.

Begegnungsorte im Stadtquartier: Ein Restaurant, eine Bar, Läden, Gewerbe und soziale Institutionen säumen den Hunzikerplatz.

Das Hunziker Areal ist ein ökologisch wegweisender neuer Stadtteil mit günstigen Wohnungen, einem gelungenen Mix von Wohnen und Arbeiten, einer bunten BewohnerInnenschaft und zahlreichen Innovationen:

- Günstige Wohnungen: Die Miete für eine 100 m2 grosse 4-Zimmerwohnung beträgt 1900 Franken.
- Gelungener Mix von Wohnen und Arbeiten: Die Erdgeschossnutzungen sind öffentlich und/oder gewerblich und reichen von einer Bäckerei über Restaurants bis zu Musikstudios.
- Bunte BewohnerInnenschaft: Der Schwerpunkt liegt bei Familienwohnungen. Für Flexibilität sorgen die vielen zumietbaren Räume. Der Ausländeranteil beträgt 40%. Im neuen Quartier sind soziale Institutionen für Behinderte sowie Kinder und Jugendliche angesiedelt.
- Ökologisch wegweisend: Das neue Quartier wurde nach Minergie-P-Eco-Standard gebaut und orientiert sich an den Zielen der 2000-Watt-Gesellschaft. Die Häuser werden mit Abwärme des Rechenzentrums der Stadt Zürich geheizt. Die Wohnungsgrössen sind moderat, der Ausbaustandard der Wohnungen ressourcenschonend. Zusammen mit dem Bundesamt für Energie wird der Energieverbrauch im Betrieb bilanziert. Für die 1300 BewohnerInnen stehen nur gerade 100 Parkplätze zur Verfügung, dafür gibt es einen E-Bike-Verleih. Angeboten werden zudem Gemüse-Abos sowie eine gemeinsame Tiefkühlanlage.
- Innovativ: Im quartiereigenen Hotel profitieren die QuartierbewohnerInnen von günstigen Preisen. Die Hotelzimmer dienen damit auch als Gästezimmer. Die Réception ist zugleich Service-Desk für das ganze Quartier und täglich von 8-20 Uhr geöffnet.

Zürich hat eine grosse WG-Tradition. Im Hunziker Areal wurde ein Bau für neue WG-Konzepte reserviert. Der Cluster-Wohnblock verfügt über 11 Grosswohnungen – private Einheiten (Zimmer mit WC/Dusche und Kochnische) teilen sich kollektive Bereiche. Jede Wohnung ist ein Verein, der die Wohnung bei der Genossenschaft mietet.

«mehr als wohnen» auf dem Vierer- und Mittelfeld!

Bei der letzten grossen Stadtentwicklung in Brünnen hat die Stadt Bern eine grosse Chance verpasst und eine banale Siedlung statt ein echtes Stück Stadt gebaut. Der gleiche Fehler darf sich auf dem Vierer- und Mittelfeld nicht wiederholen. Lassen wir uns am Pioniergeist der Genossenschaft «mehr als wohnen» inspirieren und realisieren wir ein städtisches Quartier mit hohen Gebäuden, einer dichten Bebauung und einladenden Plätzen! Auf keinen Fall darf sich die Stadtplanung darauf beschränken, Baufelder zu definieren und anschliessend den Investoren freie Hand zu lassen. Das neue Quartier braucht ein Nutzungskonzept und klare städtebauliche Regeln, die in einem breit abgestützten Prozess erarbeitet werden.

Franziska Grossenbacher, Stadträtin, Co-Fraktionspräsidentin GB/JA!

AKTIONS

- **Velo-Initiative:** Das Velofahren soll in gleicher Weise gefördert werden wie das Wandern! Velofahren leistet einen wichtigen und umweltschonenden Beitrag an die Gesamtmobilität. Heute beschränkt sich die Veloförderung auf einzelne Städte und hört meist an den Gemeindegrenzen auf – deshalb: Unterschreibe jetzt die Velo-Initiative!
Mehr Infos unter: www.velo-initiative.ch

Grüne Wirtschaft in Gefahr

Mit der Volksinitiative für eine Grüne Wirtschaft wollen die Grünen den Energie- und Ressourcenverbrauch der Schweiz auf ein umweltverträgliches Mass senken. Dieses Anliegen wird durch rechtsbürgerliche Kreise gefährdet. Damit sind die nationalen Wahlen am 18. Oktober wegweisend für die schweizerische Umweltpolitik.

Im Einsatz für eine Grüne Wirtschaft: Regula Rytz

Seit Mitte August lebt die Menschheit auf Pump bei zukünftigen Generationen. In weniger als acht Monaten hat sie das Naturbudget für das ganze Jahr aufgebraucht. Würden alle Menschen so viele Treibhausgasemissionen verursachen und Rohstoffe verbrauchen wie in der Schweiz, wäre das Mass sogar bereits Mitte Mai überschritten worden. Die reichen Länder des Nordens und Westens leben auf zu grossem Fuss – umso verlogener ist es, wenn sich rechte Parteien in ganz Europa darüber beklagen, dass immer mehr Menschen wegen der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen vor unserer Türe stehen.

Die Grünen wollen mit ihrer Initiative für eine Grüne Wirtschaft den ökologischen Fussabdruck der Schweiz auf ein naturverträgliches Mass reduzieren. Dies ist auch eine Chance für die Wirtschaft. Die Cleantech-Branche hat heute einen Anteil von 8 Prozent am BIP und beschäftigt rund 530'000 Personen – das sind dreimal so viele wie in der Pharmaindustrie. Wenn die Politik bei der Energiewende und beim Klimaschutz endlich vorwärts macht, können diese regionalen Arbeitsplätze gestärkt werden. Leider wehren sich die konservativen Wirtschaftsverbände vehement gegen den ökologischen Umbau.

Im September entscheidet der Nationalrat über den indirekten Gegenvorschlag des Bundesrats. Diese Entscheidung wird wegen der rechtsbürgerlichen Blockadehaltung knapp ausgehen. In der gleichen Session berät der Ständerat über die Energiestrategie 2050. Da die Schlussabstimmungen zu beiden Vorlagen erst nach den Wahlen stattfinden, sind die Parlamentswahlen am kommenden 18. Oktober entscheidend für die künftige Umwelt- und Wirtschaftspolitik der Schweiz. Wir brauchen jede Stimme!

Regula Rytz, Nationalrätin, Co-Präsidentin Grüne Schweiz

Vorstösse/Erfolge

Cannabiskonsum regulieren – KonsumentInnen entkriminalisieren!

● Im März hat der Stadtrat einen Vorstoss der JA! und des GB zur Cannabis-Regulierung für erheblich erklärt. Im Rahmen eines «Cannabis Social Club»-Pilotprojektes soll der Cannabis-Konsum in speziellen Lokalen freigegeben werden. Die Stadt Bern folgt damit dem Vorbild der Städte Genf, Zürich und Basel und setzt sich in einer interstädtischen Arbeitsgruppe für eine Liberalisierung von Cannabis ein: Wissenschaftlich geprüft wird nun etwa, welche Auswirkungen eine Regulierung von Cannabis auf das Konsumverhalten oder den Schwarzmarkt hat. Der Vorstoss der GB/JA!-Fraktion zielt also auf eine Liberalisierung des Cannabismarktes, fördert einen verantwortungsbewussten Konsum von Cannabis und die Entkriminalisierung der KonsumentInnen. Es freut uns, bezieht auch der Gemeinderat so deutlich dazu Stellung, dass die Zeit restriktiver Drogenpolitik ein Ende haben muss.

Leena Schmitter, Stadträtin, Co-Fraktionspräsidentin GB/JA!

Die Tragödien an Europas Aussengrenzen fordern Taten

Christine Häsler, die Berner Zeitung hat die StänderatskandidatInnen gefragt, wie viele Flüchtlinge aus Syrien die Schweiz aufnehmen solle – wie lautet deine Antwort?

● Die Schweiz hat eine bewährte humanitäre Tradition. So haben wir etwa während des Krieges im ehemaligen Jugoslawien bewiesen, dass wir auch mit einem grossen Ansturm von Vertriebenen umgehen können. Damals haben wir zeitweilig über 100'000 Vertriebene aus Bosnien und Kosovo bei uns aufgenommen. Beim Syrien-Konflikt ist ein ähnliches Zeichen nötig, denn auch in Syrien spielt sich eine Tragödie ab. Wir könnten mit der Aufnahme einer ähnlich hohen Zahl durchaus umgehen, davon bin ich überzeugt.

Christine Häsler, Nationalrätin Grüne und Ständeratskandidatin

Die Suche nach Asylunterkünften ist schwierig und Standortvorschläge stossen teilweise auf grossen Widerstand. Was muss sich ändern, damit genügend Unterkünfte bereitgestellt werden können?

● Es braucht Kooperation und ein klares Bekenntnis zur Humanität. Bund, Kantone und Gemeinden können gemeinsam sehr viel erreichen, wenn sie bereit sind, ihre Möglichkeiten offen und in enger und konstruktiver Zusammenarbeit zu prüfen und rasch Lösungen zu finden. Die Schweiz ist ein Land mit einer hohen Dichte an Beherbergungsmöglichkeiten. Ehemalige Kur- und Ferienheime stehen nicht selten leer, Hotelinfrastruktur wird mancherorts nicht mehr genutzt und wir verfügen über eine hohe Anzahl an Unterkünften, die für militärische Zwecke vorgesehen wären, aber meist nur zeitweise oder gar nicht mehr gebraucht werden. Hier steht bereits ein grosses Potential an möglichen Unterkünften zur Verfügung. Was es aber vor allem braucht, ist das öffentliche Bekenntnis zur gemeinsamen humanitären Tradition. Von der Bundesebene über die Kantone und Gemeinden bis hin zu den Bürgerinnen und Bürgern.

Die täglichen Nachrichten gehen unter die Haut, sie belasten uns und halten uns auch immer wieder einen kritischen Spiegel vor. Die Schweizer Bevölkerung ist bestens informiert und stark sensibilisiert, die Tragödien, die sich in Nordafrika, auf dem Mittelmeer, auf der Balkanroute und anderswo abspielen, lassen kaum jemanden kalt. Viele Menschen möchten nicht mehr tatenlos zusehen, sondern selber auch helfen. In dieser Bereitschaft liegt ein grosses Potential für die anstehenden Aufgaben bezüglich Unterbringung, Betreuung und Integration.

In der Stadt Bern werden Asylsuchende in einem Teil der ehemaligen Feuerwehrkaserne an der Viktoriastrasse und in der Zivilschutzanlage Hochfeld untergebracht. Nach dem Kanton Aargau bringt nun auch der Kanton Bern Asylsuchende in Armeezelten unter.

● Wenn wir grössere Gruppen von Menschen gleichzeitig und kurzfristig unterbringen müssen, dann darf es – abgesehen von besonders verletzlichen Personen wie etwa Familien mit Kleinkindern oder Kranken – vorübergehend auch eine Zivilschutzanlage oder ein Zelt sein. Aber auf längere Frist haben auch Flüchtlinge das Recht auf ein würdiges Leben in einer gesunden Umgebung. Integration findet dann statt, wenn auch Flüchtlinge Arbeit und Wohnraum finden, wenn deren Kinder die Schule besuchen und alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Auch Flüchtlinge haben das Anrecht auf das alltägliche Leben, das wir für uns als so selbstverständlich in Anspruch nehmen.

Interview: Stéphanie Penher, GB-Präsidentin, Stadträtin

AZB, 3000 Bern 1
Grünes Bündnis
P.F. 6411, 3001 Bern
Tel. 031 301 82 09
info@gbbern.ch

Veranstaltungen

- Mittwoch, 14.Oktober, Hotel Bern, Zeughausgasse 9
- Donnerstag, 15. Oktober, Villa Bernau, Wabern

Feministische Diskussionstage in Bern
Eingangsreferat zum Thema Sozialistische Frauenkonferenz Bern 1915: Brigitte Studer, Professorin Uni Bern. Workshops u.a. mit Florian Vock von der Zeitschrift «Milchbüechli» zum Thema Feminismus, Christa Ammann (Xenia) zum Thema Prostitution. Podium zur neuen feministischen Bewegung. Genauere Infos zum Programm auf www.gbbern.ch

Women Peace Security – reloaded
(16 Tage gegen Gewalt an Frauen)
- Freitag, 27. November, 19.00 – 21.00 Uhr, Käfigturm Polit-Forum, Marktgasse 67
Diskussion über Sicherheitspolitik und Friedensförderung aus der Genderperspektive: Was haben 15 Jahre Sensibilisierung, Ausbildung, Kampagnen bewirkt? Engagieren wir uns am «richtigen Ort»?
- Samstag, 28. November, 9.00 – 16.00 Uhr, GIBB, Lorrainestrasse 1
Feministischer Blick auf Orte sicherheits- und friedenspolitischer Relevanz: Syrien, Schweiz, Bosnien&Herzegowina. Inputs, Workshops und Diskussion. Gastreferentin: Prof. Dr. Claudia von Braunmühl, FU Berlin.

Arbeitsgruppen

Sekretariat
Grünes Bündnis Stadt Bern
Neubrückstrasse 17, 3012 Bern,
Postfach 6411, 3001 Bern, Tel. 031 301 82 09,
info@gbbern, www.gbbern.ch
Grünes Bündnis Stadt Bern auf Facebook:
www.facebook.com/GruenesBuendnisBern
PC-Konto: 30-37923-6. **Merci!**

- **Frauenpolitik**
Kontakt: regula_buehlmann@bluewin.ch
- **Ökologie**
Kontakt: fragroba@gmx.ch
- **Internationales und Migration**
Kontakt: asancar@bluewin.ch
- **Wirtschaft**
Kontakt: sekretariat@gruenebern.ch
- **Bildungs- und Kulturpolitik**
Kontakt: regula_buehlmann@bluewin.ch
- **AG macht**
Kontakt: anne.wegmueller@gmail.com

- **Leitender Ausschuss**
14.Oktober, Kontakt: info@gbbern.ch

Interna
- Am Samstag, 19. September führen wir auf dem Kornhausplatz eine Standaktion mit unseren NationalratskandidatInnen durch. Kommt vorbei!
- Und auch am Samstag, 10. Oktober sind wir auf dem Casinoplatz vertreten!
- Die nächste Mitgliederversammlung findet am Mittwoch, 25. November statt. Genauere Informationen folgen. Save the date.

Impressum:
Die Zeitschrift **grün.** für Mitglieder und SympathisantInnen des Grünen Bündnis Stadt Bern erscheint viermal jährlich.
Abo-Preis: 20 Franken.
Redaktion:
Samuel Kaiser, Johannes Künzler, Stéphanie Penher, Julia Richter, Leena Schmitter.
Fotos:
Johannes Künzler, Fabian Lütolf.
Gestaltung:
transform.ch
Druck:
Bubenberg Druck- und Verlags-AG, Bern.
Redaktionsschluss grün. Nr.21:
16. September 2015

SCHLUSS

Das Orakel des ANTIATOMS

Aline Trede, Nationalrätin Grüne

- WÄHLERiN: Warum nur soll ich jetzt denn genau die Grünen wählen?
DAS ANTIATOM: Das ist doch völlig klar, die Grünen sind seit je her konsequent gegen AKW und für ein definitives Abschaltdatum.
- WÄHLERiN: Aber das sind doch seit Fukushima alle!?
DAS ANTIATOM: Das stimmt so eben nicht: Vor den Wahlen 2011, im Wahlkampf, haben das alle behauptet – in Tat und Wahrheit hat es aber im Parlament keine Mehrheit gegeben, um endlich ein Abschaltdatum für die AKW in der Schweiz durchzubringen.
- WÄHLERiN: Ach was, du erzählst doch Seich.
DAS ANTIATOM: Nein, leider nicht. Eine Grüne Nationalrätin aus Bern las damals in ihrer Rede im Nationalrat zur StoppAtom-Initiative der Grünen die Namen aller Ratsmitglieder vor, welche bei Smartvote für einen Atomausstieg bis 2034 waren, dann aber im Rat nicht in diesem Sinne abstimmten. Stell dir vor, sie hat ganze 5 Minuten gebraucht, nur um diese Namen vorzulesen... die Liste war also sehr, sehr lang.
- WÄHLERiN: Wirklich? Ja, das ist gut zu wissen, danke vielemals! Ich wähle in dem Fall wieder die Grünen, da weiss ich wenigstens, dass sie halten, was sie versprechen. Und ich bin froh, dass die StoppAtom-Initiative als Druckmittel auf dem Tisch liegt. Atomstrom, nein danke!